

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **60 (1980)**

Heft 12

PDF erstellt am: **08.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

SÜDAFRIKA IM WANDEL

Augenschein in einem «verdamnten Staat»

Dass Journalisten, Politiker, Kirchenmänner, Diplomaten und Eiferer aller Art aus Ost und West einen Staat zum Schandfleck der Welt erklärt haben, stimmt misstrauisch. Die Verdammung der weissen südafrikanischen Regierung, die 20 Millionen einheimische Schwarze, Mischlinge und Asiaten vom Leben und von der politischen Macht der 4 Millionen Weissen getrennt hält, ist der gemeinsame Nenner, auf den sich die Geister der internationalen Organisationen geeinigt haben. Reizvoll ist es, jenen geächteten Staat von der Grösse fast ganz Westeuropas an der Südspitze Afrikas aus der Nähe anzusehen. Eine dreiwöchige Reise, Dutzende von Gesprächen mit Führern aller Rassengruppen, von erzkonservativen Weissen bis hin zu den militantesten Schwarzen, stürzen den schweizerischen Zuhörer zunächst einmal in beträchtliche Konfusion. Will er nicht bloss eingetrichterte Vorurteile bestätigt erhalten, so muss er zumindest erkennen: Die Dinge liegen komplizierter, als es gängige Klischees wahrhaben wollen. Es ist einfach, den Zeigefinger gegen die bösen Weissen am Kap der Guten Hoffnung zu erheben. Schwieriger ist es, sich vorzustellen, wie man sich selbst in jener Situation verhalten würde, sich zu überlegen, was dem Vielvölkerstaat und seinen Führern zu raten wäre.

Den sogenannten Nord-Süd-Konflikt, die Kluft zwischen reichen Industrieländern und armen «Unterentwickelten», erleben wir bei uns in der Abstraktion, aus Distanz. In Südafrika ist er Alltag, Konflikt von Mensch zu Mensch. Dabei geht es, wie wertneutral nachzuweisen ist, keinen «Unterentwickelten» so gut wie denjenigen Südafrikas. Keine weisse Regierung der Welt hat so viel getan für sie wie die verhasste südafrikanische. Aber gerade das stachelt den Konflikt weiter an: Die schwarze Mehrheit will nicht bloss im Ghetto umsorgt sein, sie will ihr Schicksal in ihre eigenen Hände nehmen, auch auf die Gefahr hin, dass es wirtschaftlich bergab ginge, dass übertünchte Stammesfehden wieder akut würden. In Südafrika entscheidet sich hautnah, ob auf dieser Welt verschiedene Welten friedlich, gedeihlich und freiheitlich miteinander auskommen können. Noch sind die Chancen nicht vertan.

Während sich die internationale Politik «seit Afghanistan» vom beliebten «Ausweichthema» Südafrika etwas abgewandt hat, ist die weisse Regierung am Kap der Guten Hoffnung wieder vermehrt unter Druck von innen geraten. Ihr behutsam-reformerischer Kurs geht einem Teil der Weissen bereits zu weit, den benachteiligten Volksgruppen aber viel zu wenig weit. Und wo Liberalisierungen angekündigt werden, wachsen so-

fort auch die Erwartungen, macht sich aufgetauter Missmut erst recht Luft. Die Machtübernahme durch die Schwarzen im benachbarten Zimbabwe Mitte April war das Signal für eine neue Welle der Unruhe.

Wer heute Südafrika bereist, spürt auf Schritt und Tritt die gesellschaftliche Veränderung. Die unter dem Afrikaans-Stichwort «Apartheid» weltberühmt gewordenen Rassentrennungsgesetze sind noch da, werden aber immer larger angewendet. Am striktesten getrennt sind die Wohngebiete. Das moderne Wirtschaftsleben verlangt indes «Durchlässigkeit», steht der auf ländlichen Farmen erfundenen Apartheid entgegen. Die Hochkonjunktur, ausgelöst durch den Run auf südafrikanisches Gold, fördert die Vermischung. Ein gelernter Schwarzer kann heute seine Stelle aus zehn Angeboten auswählen. Immer mehr öffentliche Einrichtungen, Hotels und Restaurants, die bisher Weissen reserviert waren, werden für alle Rassen geöffnet. Vorläufig in jedem einzelnen Fall noch per behördliche Sondergenehmigung. Das alte Schild «Whites only» entdeckte ich nur noch ein einziges Mal: an einer Toilette am Strand des Indischen Ozeans in Durban.

Die Weissen selbst, zumindest die städtisch-gebildeten, geben sich gegenüber dem überseeischen Gesprächspartner sehr aufgeschlossen, begrüßen den Wandel und kritisieren gerne ihre Regierung, welche die Zeichen der Zeit noch allzu zögernd erkenne. Eine Kirchenpflege der Niederdeutsch-reformierten Kirche, der Kirche der afrikaanssprachigen Buren, hat unlängst drei schwarzen Dienstmädchen den Zutritt zum Begräbnis ihrer

Herrin verweigert. Die Presse, voran die englischsprachige, empfindet den Fall als Skandal, widmet ihm sarkastisch-beissende Kommentare. Apartheid-Politiker Dr. Andries Treurnicht aus dem Farmermilieu in Transvaal (Nordprovinz) steht unter Pressebeschuss, weil er sich gegen gemischt-rassigen Schülersport – die Trennung der Schulen an sich ist bis heute unbestritten – ausgesprochen hat. Premierminister Pieter W. Botha, der seine seit dreissig Jahren regierende weisse Nationalpartei auf Reformkurs bringen möchte, wird geraten, sich vom konservativen Treurnicht-Flügel zu trennen.

Gespräche im Parlament

Im südafrikanischen Parlament beraten 165 von den Weissen gewählte Weisse in bestem Westminsterstil über die Zukunft eines Landes, in dem fünfmal mehr Andersrassige wohnen. In Gedanken sieht der europäische Beobachter auf den Gästetribünen die Millionen von Schwarzen, Mischlingen und Asiaten, über deren Rechte und Pflichten hier in Afrikaans und Englisch disputiert wird. Die Debatte beginnt mit einem Gebet, in dem die Gerechtigkeit beschworen wird. Man dürfte auch keineswegs behaupten, dass diesen Gentlemen und den paar Ladies unter ihnen das Schicksal der Nichtweissen nicht am Herzen läge. Doch alles, was sie beschliessen, geschieht bestenfalls *für* die Schwarzen, nicht *mit* ihnen. Da ist auf der einen Seite die seit über drei Jahrzehnten regierende Nationalpartei, Erfinderin der Apartheid-Politik. Sie wird von der oppositionellen *Progressive Fede-*

ral Party so heftig attackiert wie in irgendeinem Parlament der Welt. Die Budgetdebatte gleitet, wie andernorts, sofort ab in Polemiken um andere Themen. Die Opposition verlangt eine neue Verfassung, in der die Nicht-Weissen in Macht und Verantwortung einbezogen wären («*Power sharing*»). Sie hämmert und hämmert, wie es ein Grossteil der Weltöffentlichkeit gegenüber Südafrika tut. Am Rande der Debatte spreche ich mit Parteivertretern. Es kristallisieren sich drei typische Standpunkte heraus.

Unter der Voraussetzung, dass jede Rasse in den ihr zugeteilten Lebensräumen die gleichen Chancen habe, bedeute «getrennte Entwicklung» keineswegs Diskriminierung, sagt mir Daan van der Merwe, Anhänger des konservativen Treurnicht-Flügels der Nationalpartei, dem der derzeitige Reformkurs der Regierung bereits zu weit geht. Der ehemalige Pfarrer der Niederdeutsch-reformierten Kirche, waschechter Afrikaaner holländischen Ursprungs, ist bereit, für die Identität der Weissen zu kämpfen, «wie wir das schon früher tun mussten» (nicht nur gegen die Schwarzen, in zwei Burenkriegen auch gegen die Engländer). Die Buren hätten dieses Land besiedelt und aufgebaut. «Sie nahmen das Land niemandem weg.» Die Schwarzen seien dann erst gekommen und hätten um Arbeit gefragt. «Wir gaben ihnen Arbeit.» Die Weissen in Europa, die heute den Südafrikanern vorschreiben wollten, sie sollten den Schwarzen mehr Rechte geben, hätten selbst die mörderischsten Kriege der Geschichte veranstaltet. Die Schwarzen hätten ja ihre politischen Rechte in ihren Stammesheimatstaaten. Und die Mischlinge? Van der Merwe

möchte auch für sie ein «*Homeland*» schaffen.

Eine nationale Verfassungskonferenz aller ethnischen Gruppen fordert die oppositionelle *Progressive Federal Party* (PFP), die die Unterstützung der englischsprachigen Presse des Landes genießt. PFP-Abgeordneter Brian Bamford ist für «*One man – one vote*», Stimmrecht für alle, und für ein föderalistisches System mit dezentralisierter und geteilter Regierungsgewalt, bei der keine Gruppe eine andere dominieren könnte. Die Prinzipien der Nicht-Diskriminierung und der Nicht-Domination (einer Gruppe über eine andere) stehen oben auf der Postulatsliste der PFP. In empfindlichen Fragen sollte jede Minderheit ein Vetorecht besitzen: «Demokratie durch Konsens.» Bamford verweist auf das schweizerische Beispiel. Für die nationale Verfassungskonferenz müssten alle Rassen ihre «wahren Führer» delegieren können, was die Aufhebung von Bannverfügungen gegen einzelne Militante voraussetzen würde. Eine Freilassung Nelson Mandelas, des einstigen Führers des schwarzen Afrikanischen Nationalkongresses, würde allerdings auch Bamford nicht befürworten, denn Mandela sei wegen Sprengstoffbesitzes und Aufrufs zu Gewalttätigkeit rechtmässig verurteilt.

Marais Steyn, der inzwischen zurückgetretene Minister für Mischlingsangelegenheiten im Reformkabinett Botha der Nationalpartei, gerade mit einer Protestwelle der Mischlinge konfrontiert, ist für einen «*New Deal*», der aber von den Weissen aus kommen müsse, «die nun einmal, zu Recht oder Unrecht, an der Macht sind». Ein Machtvakuum, das

die Folge einer Verfassungskonferenz nach den Vorstellungen der weissen Opposition sein könnte, wäre verheerend. Steyn ist für Konsultationen aller Rassen und möchte dafür einen Rat schaffen. Die Schwarzen seien übrigens auch heute keineswegs politisch rechtlos: Jeder wählt ein Parlament, die Schwarzen dasjenige ihres Stammesheimatstaates, der nicht nur regionale Autonomie, sondern völlige Unabhängigkeit von Pretoria beanspruchen könne. «Es gibt nicht mehr als zwanzig Mitgliedstaaten der UNO, die so freiheitlich sind wie Südafrika.» Steyn sieht das Wirtschaftswachstum als Vehikel für die rasche Emanzipation der Schwarzen. «Wir haben eine schnell wachsende schwarze Mittelklasse, die bei einem Konflikt etwas zu verlieren hätte.»

Schwarze zwischen Anpassung und Widerstand

An der holländisch anmutenden Universität Stellenbosch im lieblichen Weingebiet bei Kapstadt geht Unglaubliches vor: In dieser intellektuellen Zitadelle des altburischen Afrikaanertums wird der weisse Premierminister ausgepiffen, weil er auf studentische Kritik an der Apartheid schnoddrig antwortet. Tags darauf erhält Dr. Nthato Motlana, einer der radikalsten Schwarzenführer aus der schwarzen Johannesburg-Satellitenstadt Soweto, Applaus für eine zwei-stündige Rede, in der er mit Gewalt droht, wenn die Weissen ihr Machtmonopol im Staat nicht bald aufgeben werden. Die Stellenbosch-Studenten haben ein Verfassungsseminar arrangiert, in dem alle Schattierungen

zu Worte kommen. In einem abendfüllenden Gespräch unter vier Augen erklärt mir nachher Motlana, er traue dem Progressivismus der weissen Studenten nicht. «Sie werden die Universität verlassen, ins Erwerbsleben eintreten und sich nach alten Mustern verhalten.» Aber er gibt zu, schon die Tatsache, dass er in Stellenbosch seine Forderungen vortragen konnte, bedeute «eine Art Revolution». In den Köpfen der Weissen geht einiges vor.

Zum Nachtessen im gemischtrassigen Towers-Hotel in Johannesburg erscheint Motlana, selbständig praktizierender Arzt in Soweto, in einem «Audi 100». Er hat, allen Schranken zum Trotz, den wirtschaftlichen Aufstieg geschafft. Er klagt über hohe Steuern und fragt, wie die Ärzte in der Schweiz dem Fiskus ausweichen. Seine Freizeit widmet Motlana dem politischen Kampf für die Rechte der Schwarzen. Er gehört dem «Komitee der Zehn» an, das sich zunächst auf Soweto beschränkte und inzwischen national bekannt geworden ist. Sein Held ist Nelson Mandela, der auf Robben Island in der Bucht von Kapstadt inhaftierte Schwarzenführer. Aber Mandela hatte doch mit Dynamit hantiert und Gewalt gepredigt – wäre er nicht in jedem Staat der Welt eingesperrt worden? Motlana sagt nicht nein, meint aber, Blutvergiessen in Südafrika sei unausweichlich. Einen Monat lang war Motlana unter Hausarrest gestellt worden. Zurzeit genießt er volle Redefreiheit. Er ruft nicht direkt zur Gewaltanwendung auf. Sein Sohn dagegen hält, wie Vater Motlana erklärt, Gesprächsbereitschaft gegenüber den Weissen für nutzlos.

Der Arzt und Aktivist Motlana hatte mit einem Stipendium der weissen Regierung studiert und erlebte, wie er sagt, die Rassendiskriminierung erstmals bedrückend, als er herausfand, dass seine weissen Kollegen im Spital bei gleicher Ausbildung mehr Lohn erhielten. Er kündigte und baute eine eigene Praxis auf, was für ihn nur in schwarzem Siedlungsgebiet möglich war. In Soweto aber war es ihm als Schwarzem damals noch verwehrt, Land zu kaufen und ein Haus nach eigenen Bedürfnissen zu bauen (diese Rechte stehen inzwischen den Schwarzen zu). Er musste ein Schema-F-Haus der Stadtverwaltung mieten. Motlana trägt einen Pass bei sich, der ihn als Angehöriger des Stammes der Tswana und damit als Bürger des Tswana-Heimatstaates Bophuthatswana ausweist, als Ausländer also im «weissen» Südafrika, obwohl er zeitlebens hier gewohnt hat und zu seiner Papierheimat keine Beziehung hat. Mit der Konstruktion, dass alle in den weiss regierten Ballungsgebieten wohnenden Schwarzen eigentlich Bürger eines der zehn schwarzen Stammesstaaten sind und dort politische Rechte ausüben können, wird die Alleinherrschaft der Weissen ausserhalb der Stammesgebiete gerechtfertigt.

In Soweto kann Motlana an den Wahlen für die schwarze Lokalbehörde teilnehmen. Er und sein «Komitee der Zehn» lehnen jedoch dieses Recht ab, weil die Behörde doch unter weisser Bevormundung stehe. Motlana steht in Opposition zum schwarzen Bürgermeister von Soweto, David Thebehali, der mir einen Katalog von Kompetenzen aufzählt, die ihm und seinem Stadtrat im Laufe der

Jahre zugestanden worden sind. Mit 2000 Beamten regiert Thebehali die Millionenstadt in einigen Bereichen autonom. Soweto besteht aus 100 000 eternitbedeckten Einfamilienhäusern, von denen bereits 15 Prozent im Privatbesitz der Bewohner sind und sichtlich individuell gepflegt werden. Soweto hat inzwischen auch seine schwarzen Villenviertel und Geschäftsdistrikte bekommen. Thebehali ist überzeugt, dass die Entwicklung weitergeht, und lehnt den Radikalismus Mandelas, Motlanas und des «Komitees der Zehn» ab. Er steht hinter dem gemässigten Gatsha Buthelezi, Chefminister des Zulu-Stammesstaates Kwazulu und Führer der national verbreiteten schwarzen Reformbewegung «Inkatha» («Vorwärts»). Das «Komitee der Zehn» Motlanas nehme, so Thebehali, an den Kommunalwahlen nur nicht teil, weil es der Unterstützung in der Bevölkerung ermangle.

Das ist in Südafrika die unter den Weissen immer wieder gestellte bange Frage: Wer sind die wirklichen Führer der Schwarzen, wen würden diese erküren, wenn sie national wählen könnten: Alles-oder-nichts-Kämpfer à la Mandela und Motlana oder Pragmatiker à la Thebehali und Buthelezi? An die Wand gemalt ist das Menetekel von Rhodesien, wo die Führer der Guerillabewegung, als sie an Wahlen teilnahmen, die früheren, gemässigten Schwarzen verdrängten.

Der weisse Widerstand

Die sichtbaren Veränderungen in Südafrika beziehen sich im Moment

auf die Rassendiskriminierung im Alltag. Diese «*Petty Apartheid*» ist hier nicht bloss Ergebnis natürlicher wirtschaftlicher Standesunterschiede, wie es sie überall gibt, sondern darüber hinaus während Jahrzehnten durch Gesetze zementiert worden, was Südafrika erst zum internationalen Skandal gemacht hat. Noch weniger in Zweifel gezogen wird die «Grosse Apartheid»: die Einteilung des Landes in ein weiss regiertes Hauptgebiet und in zahlreiche schwarz regierte, teils völkerrechtlich unabhängig gewordene, teils föderalistisch zugeordnete Stammesheimatstaaten, eine Konstruktion, mit der die politische Macht der Nichtweissen auf kleinem Feuer gehalten wird. Aber auch da ist eine Diskussion in Gang gekommen.

In Pretoria, der Winterhauptstadt Südafrikas (Mai bis Oktober), sagt mir ein Chauffeur, ein Afrikaaner, alle Probleme würden von der englischsprachigen Presse künstlich erzeugt. In Wirklichkeit seien die Schwarzen zufrieden und wüssten, dass das Land ohne Führung der Weissen ins Chaos früherer Jahrhunderte zurücksinken würde. Ein paar Tage später in Durban, wo neben Weissen vor allem Inder (Abkömmlinge einstiger Zuckerplantagenklaven) das Stadtbild prägen, äussert ein englischsprachiger Taxihalter das Gegenteil: «Wenn sich nicht sehr rasch alles ändert, wird hier die Hölle losgehen.»

Wie Wohngebiete, weite Bereiche der Freizeitanlagen, des Handwerks und der Dienstleistungen, sind auch die öffentlichen Verkehrsmittel und das Taxigeschäft noch rassentrennt. Der weisse Taxihalter darf einen

Schwarzen nur herumfahren, wenn sich dieser als Ausländer ausweist. So wie ein Schwarzer aus den USA auf der Tanzfläche eines «nicht-integrierten» Nachtlokals unter Umständen seinen Pass vorweisen muss, wenn er mit seiner weissen Ehefrau das Bein schwingt. Aber selbst die Immoralitätsgesetze, welche Geschlechtsverkehr zwischen den Rassen unter Gefängnisstrafe stellen, werden nicht mehr zum Nennwert gehandhabt. Die Geschichten von Polizisten, die in Schlafzimmer hineinleuchten, werden rarer. Ausgeschlossen bleibt die gemischtrassige Ehe. Wer über die Rassenschranken hinweg heiraten will, muss auswandern. Über die Rassenklassifizierung gibt es Vorschriften. Wer weder weiss, schwarz noch indisch ist, gehört zu den Mischlingen (Coloureds). Zweifelsfälle erheischen ein bürokratisches Prozedere, das Familien auseinanderreißen kann. Pendente Verfahren werden in der Presse kritisch ausgeleuchtet. Es ist diese Etikettierung von Menschen, die wir Europäer besonders stossend empfinden. Sie ist die Voraussetzung der Politik der Apartheid oder, wie deren Befürworter heute lieber sagen, der «getrennten Entwicklung» (der Rassen).

Der Widerstand gegen die Schleifung der Apartheid-Praktiken kommt von den weissen Arbeitern und ihren Gewerkschaften, die die schwarze Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt fürchten, und von den traditionsverhafteten Farmern, die seit der holländischen Pionierzeit des 17. Jahrhunderts ihre schwarzen Landarbeiter patriarchalisch-fürsorglich behandelt, aber stets auf Distanz gehalten haben. Der erst später eingewanderte eng-

lischsprachige Teil der Weissen, vor allem in Industrie und Handel tätig, hat den Ruf, liberaler zu sein als die Afrikaner, die ihr verselbständigtes Ur-Holländisch sprechen. Doch viele behaupten im Gespräch, die Engländer gäben sich nur so, die Afrikaner seien im Grunde ehrlicher. «Am Ende werden die Engländer abhauen, die Afrikaner werden bei uns bleiben», sagt mir ein schwarzer Intellektueller hinter vorgehaltener Hand. Die vorwiegend englisch geprägte Opposition im Parlament fahre zwar, zusammen mit der englischsprachigen Presse, einen angriffsfortschrittlichen Kurs gegen das afrikanisch gefärbte Regierungsestablishment. «Aber nachts beten die zu Gott darum, dass die Nationalpartei an der Macht bleibt.» Eine tief eingelebte Spannung zwischen Afrikanern und Englischsprachigen, wie sie sich in den Burenkriegen blutig entladen hatte, ist bis heute spürbar. Ein Teil des englischen Liberalismus sei auf Anti-Afrikaner-Ressentiments zurückzuführen, bestätigten auch viele Weisse. In den Burenkriegen blieben zwar die Engländer siegreich – seit der Jahrhundertwende sind aber die Afrikaner in der südafrikanischen Politik politisch führend geworden und längst auch in die Geschäftswelt eingedrungen.

Fragen zur ethnisch-föderativen Struktur

Während die Minderheiten der Mischlinge und der Inder in Südafrika nirgends ein Wahlrecht haben, wurden für die Schwarzen zehn Stammesgebiete ausgesondert, Heimatstaaten

(Homelands, früher auch Bantustans genannt), die, wie bei uns die Kantone, autonom sind, ja sogar völlige Unabhängigkeit von Südafrika beanspruchen können. Drei solche Gebilde – Transkei, Venda und Bophuthatswana – sind diesen letzten Schritt gegangen, werden aber von den Vereinten Nationen nicht anerkannt, obwohl sie in höherer Masse auf eigenen Füßen stehen als einige schwarzafrikanische Zwergstaaten. In Bophuthatswana erklären mir Beamte der schwarzen Regierung mit einigem Stolz ihre Lage: wirtschaftlich mit Südafrika verbunden, politisch-diplomatisch souverän, ohne Apartheid, hat man ausser von Pretoria noch von niemandem einen Cent Entwicklungshilfe bekommen oder verlangt. Bophuthatswana verfügt über eines der grössten Platinvorkommen der Welt. Da bei den Grenzziehungen weisser Landbesitz vorrangig berücksichtigt worden ist, besteht der Staat aus sieben von südafrikanischem Hoheitsgebiet umgebenen Enklaven. Immerhin bemüht sich Pretoria um eine geographische Konsolidierung. So ist soeben die weisse Stadt Mafeking «umgezont» worden. Die Weissen von Mafeking werden damit zu Ausländern in Bophuthatswana, so wie die Angehörigen des Stammes der Tswanas in Südafrika Ausländer sind.

Ein Engländer, der in Bophuthatswana unter attraktiven Investitionsbedingungen eine Drahtverhaufabrik führt, zeigt mir die 200 Arbeitsplätze, die er für Schwarze eingerichtet hat. Er quält sich damit ab, Schwarze für Kaderpositionen zu motivieren, mit sehr beschränktem Erfolg. Die Arbeiter, die im Monat zwischen 100

und 300 Franken verdienen, nebst freier ärztlicher Betreuung für sie und ihre Familien, halten an einer Stelle selten mehr als ein halbes Jahr durch. Viele ziehen es vor, aus ihren ländlichen Stammesgebieten in die schwarzen Vorstädte der weissen Agglomerationen Südafrikas zu ziehen, wo sie zwar keine politischen Rechte besitzen, aber die Illusion eines interessanteren Lebens. Südafrika will jedoch der Landflucht Einhalt gebieten. Die Zuwanderung aus den schwarzen Heimatstaaten wird scharf kontrolliert. Schwarze ohne Pass und Arbeitsbewilligung werden zurückgeschickt. Wer eine Arbeitsbewilligung hat, darf, wie bei uns die Saisonniers unter den Fremdarbeitern, seine Familie oft nicht nachziehen. Diese *Influx Control* wird, trotz ihrem vernünftigen Kerngedanken, Südafrika als Teil der Diskriminierung der Nichtweissen angekreidet.

Um der Verstärkung entgegenzusteuern und die Schwarzen möglichst in ihren Stammesgebieten zu halten, ihnen dort Arbeitsplätze zu verschaffen, pumpt Südafrika einen sagenhaften Subventionssegen in die schwarz regierten Regionen. Trotzdem machen etliche schwarze Führer in diesen Teilstaaten nur wider Willen mit, auf Zusehen hin sozusagen, in der Hoffnung, es werde einmal ein einziges, zentral und schwarz regiertes Südafrika geben, ohne Stammesföderalismus. So Gatsha Buthelezi, Chefminister von Kwazulu, Heimat der Zulus. Buthelezi wird für Kwazulu keine Unabhängigkeit beanspruchen, sieht die von den Weissen gewährte Autonomie nur als Zwischenstation an. Als ich das subtropische Kwazulu (auf der Seite des Indischen Ozeans)

besuche, ist Buthelezi unerreichbar. Er hält in ganz Südafrika feurige Reden, baut sich auf als nationaler Führer der Schwarzen, kämpft mit seiner Bewegung «Inkatha» für «schwarzes Bewusstsein».

Die ethnisch-föderative Struktur Südafrikas entspricht der Vielfalt dieses Landes und kann nicht als Rassendiskriminierung abgetan werden. Das Problem liegt darin, dass auch er, wie alles in Südafrika, von den Weissen für die Schwarzen dekretiert, statt mit den Schwarzen gemeinsam erarbeitet worden ist. Das rückt ihn bei den Schwarzen ins schiefe Licht: Viele erachten die Autonomieangebote als Trick der Weissen, die politische Macht der Schwarzen einzugrenzen und die weisse Vorherrschaft über den grössten Teil Südafrikas unangetastet zu lassen.

In der Praxis der schwarzen Heimatstaaten finde ich viel Engagement, ja, schwarzen Stolz. Gerade auch in Buthelezi Kwazulu. Mit weissen Subsidien aus Pretoria ist eine supermoderne Schwarzenuniversität auf der grünen Wiese entstanden. Die Studenten, von denen 85 Prozent mit Stipendien der weissen Zentralregierung studieren, denken radikal: Ihr Stammesfürst Buthelezi ist ihnen zu wenig militant, ihr Held ist Häftling Nelson Mandela. Eine Landwirtschaftsschule, die ich in Kwazulu besuche, steht noch unter weisser Direktion, aber schwarze Agronomen werden an die Verantwortung herangeführt und sollen die Schule bald übernehmen. Diese beklagen sich beim ausländischen Journalisten über Minderverdienst gegenüber Weissen mit gleicher Ausbildung, über rassengetrennte Pausenräume und Toiletten

auf der Schule (die Wohnquartiere sind ohnehin getrennt) und zeigen lächelnd in die Ferne: Flache, ertragreiche Landstriche gehören zu weissen Farmen und zum weiss regierten Südafrika; hügeliges, schwerer zu bewirtschaftendes Gelände wurde Kwazulu zugeschlagen.

Sie geben allerdings auch zu, dass die Zulus, die vor allem ihre Frauen arbeiten lassen, auch heute noch keine Landwirte sind, das Land, das ihnen ihr Häuptling zuteilt, oft verkommen lassen und dafür etwa mit Früchten handeln, die sie von Weissen aus der Kapprovinz zukaufen. Vom Grundnahrungsmittel Mais pflanzen die Zulus nur gerade so viel an, wie sie für eigene Bedürfnisse brauchen. Fällt die Ernte besser als erwartet aus, bleibt nächstes Jahr das Land brach. Das ist eine Lebensweise, die zu respektieren ist. Aber sie ist aus der Sicht der Weissen von einer andern Welt, und sie liesse den ganzen Reichtum Südafrikas ungenutzt.

Die Schwarzen lösen sich schwer von traditionellen Einstellungen, beneiden aber zugleich die Weissen um die Früchte deren Führungsarbeit. Schwarze Farmer sind selbst in den schwarzen Heimatstaaten so selten wie schwarze Unternehmer, nach denen die örtlichen *Development Corporations* verzweifelt Ausschau halten. In Kwazulu sehe ich immerhin, nebst regem Kleingewerbe, schon einige mit schwarzem Kapital und schwarzer Initiative entstandene Ketten von Einkaufszentren, Hotels, Garagen.

Wahr ist andererseits auch, dass die Weissen der wachsenden Schicht wirtschaftlich modern denkender Schwarzer den Weg zum Aufstieg

allzu lange verbaut haben. Mit allen Schikanen der Rassentrennungsgesetze sind die Weissen im Wirtschaftswettbewerb stets bevorzugt worden. Immer noch diskriminiert werden die im weiss regierten Südafrika wohnenden und arbeitenden «städtischen Schwarzen» (*Urban blacks*): Sie wurden bis vor kurzem vom Landbesitz ausgeschlossen und durften nur unter restriktiven Bedingungen und nur in den ihnen zugewiesenen Wohngebieten geschäftlich tätig werden. Diese Schranken fallen jetzt nach und nach, weniger aus Überzeugung als aus Mangel an gelernten Arbeitskräften im Zeichen des rasanten Wirtschaftswachstums.

Die Adern des Reichtums

Südafrika ist reich, seine Wirtschaft ist privatkapitalistisch und höchst erfolgreich. Greuermeldungen, etwa über eine angebliche Unterernährung der schwarzen Bevölkerung, sollen das Image Südafrikas weiter zerrümmern. Tatsache ist, dass Südafrika nicht nur sich selbst bestens ernährt, sondern darüber hinaus zu den sieben Ländern der Welt gehört, die in bedeutendem Umfang Agrarprodukte exportieren können. Es versorgt schwarzafrikanische Staaten unauffällig mit Grundnahrungsmitteln, Devisen und technischem Know-how. Das sozialistische Moçambique etwa, das vom Westen Wirtschaftshilfe, vom Osten Militärhilfe bezieht, donnert vorne herum bei den Vereinten Nationen gegen Südafrika los, bedeutet aber Pretoria hinten herum, dass nicht alles so ernst gemeint sei. Das Nachbarland lässt seine Eisenbahnen und

Hafenanlagen von südafrikanischen Ingenieuren instandhalten. Kürzlich mussten die Ausfuhren nach Sambia, das ohne südafrikanischen Mais nicht leben kann, gestoppt werden, nur um die unfähige sambische Verwaltung zu zwingen, 3000 leere Eisenbahnwagen zu retournieren, die auf Abstellgleisen zu verrostet anfangen.

Eine wenig komfortable, verwitterte Liftplattform bringt den Journalistenbesuch, der zuvor von Helm bis Stiefel eine Spezialausrüstung gefasst hat, in rasender Geschwindigkeit 1500 Meter unter die Erdoberfläche. Mit einer holprigen Miniatureisenbahn geht's fünf Kilometer durch die Stollen, dann zu Fuss, gebückt, in knöcheltiefem Grundwasser, bei 35 Grad Celsius und extrem hoher Luftfeuchtigkeit. Vorne bei der Goldader, wo die Detonationen vorbereitet werden, erzählt ein weisser Vorarbeiter, er sei seit 48 Jahren hier und wolle sich nicht pensionieren lassen, weil einige seiner Freunde in den ersten Monaten des Ruhestandes gestorben seien. Viele von ihnen hätten hier unten nie Gold gesehen. Die Partikel im schieferartig-grünlichen Gestein sind selten mit blossen Auge wahrzunehmen. Die goldhaltigen Adern, die gesprengt und an die Erdoberfläche befördert werden, sind manchmal einige Millimeter, manchmal einige Meter dick. Aus einer Tonne Material lassen sich schliesslich in der Raffinerie durchschnittlich nur 15 Gramm Gold gewinnen.

Südafrika produziert 700 Tonnen Gold im Jahr. Seit 1886, als die immensen unterirdischen Goldfelder im Witwatersrand-Bogen rund um das heutige Johannesburg entdeckt wurden, hat Südafrika ein Drittel des seit

Menschengedenken auf der Welt geförderten gelben Edelmetalls auf den Markt gebracht. Südafrika hat aber nicht nur Gold. Von den meisten Mineralien, ohne die moderne Industriegesellschaften nicht mehr auskommen, besitzt das Land den grössten Teil der Weltreserven. Alles ausser Öl. Heizöl aber braucht Südafrika nicht, und in wenigen Jahren wird die Hälfte des benötigten Treibstoffes aus verflüssigter Kohle hergestellt.

Eine halbe Million Schwarze aus elf Ländern des südlichen Afrikas arbeiten in der südafrikanischen Minenindustrie. Vom Goldregen profitieren viele. Die Regierung von Pretoria dürfte als einzige der Welt schuldenfrei sein.

In einem einstündigen Flug in einer kleinen DC 3 erreiche ich von Johannesburg aus die President Brand Gold Mine, eine der 70 Goldminen Südafrikas. Die Landschaft ist hier gelb-braun, öde, ohne Reiz, geprägt von sandigen Abraumhalden stillgelegter Bergwerke. Diese künstlich aufgeworfenen Hügel werden jetzt maschinell zum zweiten Mal abgebaut, weil mit modernen Methoden noch mehr Gold und andere Mineralien aus dem früher schon zerhackten Gestein gewonnen werden können.

Auf dem Gelände der President Brand Gold Mine werden in einem zu Ausbildungszwecken extra hergerichteten Oberflächen-«Bergwerk» die neu angekommenen Fremdarbeiter aus Lesotho, Moçambique und aus der Transkei für ihre künftige Arbeit in Tiefen bis zu 3,6 Kilometer unter Tag ausgebildet. Viele schwarze Stämme Südafrikas, vor allem die grösste Gruppe, die Zulus, interessieren sich nicht für Minenarbeit. Als beste Kum-

pel gelten diejenigen aus Lesotho. Die vielsprachige Belegschaft wird in «Fanakalo», der Arbeitssprache in den südafrikanischen Minen, unterrichtet. Die Ungelernten beziehen etwa 300 Franken Monatslohn, dazu freie Station und medizinische Betreuung. Moçambique forciert den Export von Arbeitern in südafrikanische Minen als Deviseneinnahmequelle: Die Arbeitgeber werden mit Verträgen verpflichtet, einen Teil der Löhne an die sozialistische Regierung von Moçambique einzuzahlen.

Gearbeitet wird in Schichten von acht Stunden, wovon zwei für den Transport mit Lift und Stollenbähnchen zum Arbeitsplatz im Reef und zurück weggehen. Die Bergleute sind neun Monate in der Mine und kehren dann gewöhnlich zu ihren Familien zurück, um später oft wiederzukommen, ähnlich den Saisoniers unter den Fremdarbeitern in der Schweiz.

In den letzten Jahren haben die Schwarzen bei der Entlohnung gegenüber den Weissen aufgeholt. Der Lohn eines schwarzen Untertagarbeiters ist heute siebenmal so hoch wie 1972, während sich die Bezüge eines weissen Bergmannes in dieser Zeit nur verdoppelt haben. Das Jahreseinkommen eines schwarzen Arbeiters liegt in Südafrika drei- bis zehnmal höher als in angrenzenden schwarzafrikanischen Staaten.

«One man – one job»

Südafrikas Schwarze werden von der politischen Macht weitgehend ausgeschlossen und im Alltag diskriminiert. Andererseits sind sie in jeder Beziehung «die bestversorgten Schwarzen Afri-

kas». Diese Tatsache ist unbestreitbar. Einkommen und staatlicher Aufwand für Ausbildung und Gesundheit sind in Südafrika pro Kopf der Schwarzen viel weniger hoch als pro Kopf der Weissen – und dennoch ein Mehrfaches dessen, was in schwarzafrikanischen Staaten üblich ist.

Die politisch zurückgesetzten, aber in Einfamilienhäuschen lebenden Schwarzen von Soweto und die Mischlinge von Kapstadt haben es besser als die rechtlich emanzipierten Schwarzen von New York, Los Angeles oder Miami (nicht zu reden von den Schwarzen in Luanda, Lusaka oder Daressalam). Doch alles ist relativ: solange ihre weissen Nachbarn die Herren spielen, mehr Rechte und Chancen besitzen, kann Zufriedenheit sich nicht einstellen.

Er habe zwar kein Stimm- und Wahlrecht, fühle sich aber am wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozess in Südafrika beteiligt, erklärt mir in Johannesburg der Mischling Ronald C. Webb, Generalsekretär der gemischt-rassigen, aber überwiegend von Mischlingen getragenen Gewerkschaft der Arbeitnehmer der Automobilbranche. Die Reservierung bestimmter Arbeitsplätze für Weisse (*Job reservation*) sei am Verschwinden. Die Nichtweissen bekämen jetzt, zumindest rechtlich, immer mehr Chancengleichheit. Neu ist die Anerkennung schwarzer Gewerkschaften als vollberechtigte Partner im *Industrial Council*, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer alle zwei Jahre branchenweise die Tarifverträge aushandeln. Abgesehen vom traditionell starken Textilarbeitersyndikat sind allerdings bisher nur wenige Prozente der Schwarzen gewerkschaftlich organisiert gewesen. Das werde sich

ändern, meint Webb. Entgegen Behauptungen im Westen sei auch das Streikrecht in Südafrika garantiert. Allerdings müsse vor einer Arbeitsniederlegung ein gesetzlich festgelegtes Schlichtverfahren stattfinden, das bis zu anderthalb Jahren dauern könne und damit der Waffe des Streiks die Spitze breche. Gesamtarbeitsverträge dürfen nach Gesetz keine Rassendiskriminierung enthalten, was aber in der Praxis dadurch unterlaufen wird, dass Weissen über die vertraglichen Leistungen hinaus Vorteile eingeräumt werden. Webb begrüsst amerikanische und westeuropäische Bemühungen, mit einem «Ehrenkodex für Multis» solche Praktiken abzuschaffen. Davon gehe eine reformerische Wirkung aus.

Grössere Schweizer Firmen haben in ihren Betrieben die Apartheid beseitigt (mit Ausnahme der getrennten Toiletten, wie mir ein Arbeitgeber mit leider einleuchtender Begründung erklärt). Sulzer (Pumpen, Turbinen, Kompressoren), Nestlé (von Kaffee bis Kindermehl), BBC (Lokomotiven), Ciba-Geigy (Insektizide, Dünger), Schmidheiny (Zement, Eternit) sind in Südafrika etablierte helvetische Namen. In den meisten dieser Betriebe sind die Verhältnisse gesamtarbeitsvertraglich geregelt und unterliegen einer ständigen Überprüfung durch Behörden.

Obwohl gerade die Schweizer für die offizielle Philosophie wenig Verständnis haben, bestätigen sie, die Effizienz eines Weissen sei in der Regel höher als diejenige eines gleich ausgebildeten Mischlings oder Schwarzen. Dies sei der Grund dafür, dass der Grundsatz «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» so schwer zu verwirklichen sei.

Für Wirtschaftsberater Lofty Adams, führende Persönlichkeit der Mischlinge in Kapstadt, und für Rechtsanwalt Dr. Jessup Patel, führende Persönlichkeit der Inder in Durban, ist es erniedrigend, im Arbeitsprozess täglich mit Weissen zusammenzuarbeiten, nach Feierabend oder auf Reisen aber von ihnen zwangsweise separiert zu sein. Adams erzählt mir, wie er in einer Kleinstadt, wo kein mehrrassiges Hotel vorhanden war, eine Regierungsstelle in Pretoria anrufen musste, um die Erlaubnis für die Einquartierung in einer weissen Herberge zu erhalten. Beide erklären mir aber auch übereinstimmend, dass ihnen «*One man – one job*» wichtiger sei als «*One man – one vote*» und dass sie von der wirtschaftlichen Entwicklung her die grösste Veränderung in Gesellschaft und Staat erwarten. Deshalb wäre der von Anti-Südafrika-Ideologen propagierte Rückzug westlicher Investitionen gerade für die Nicht-Weissen, denen man behilflich sein möchte, verheerend.

Mischlinge wie Inder lehnen politische Separatlösungen ab, die diesen minderheitlichen Rassengruppen hin und wieder in weissen Anbieterungsversuchen angeboten werden. Sie wissen zwar, wie sie sagen, aus den Erfahrungen in schwarzafrikanischen Staaten, dass sie von einer schwarz dominierten Zentralregierung schlechter behandelt würden als von der jetzigen weissen Herrschaft. Trotzdem – oder just deswegen – demonstrieren sie im Kampf um die Gleichberechtigung Solidarität mit den Schwarzen. Sie möchten bei den Schwarzen jeden Anschein vermeiden, mit den Weissen gemeinsame Sache zu machen. «Das wäre für uns politischer Selbstmord.»

Andererseits sind Mischlinge und Inder, die in der Kapprovinz und in der Ostprovinz Natal immerhin bereits einige Zweige des Wirtschaftslebens in ihren Händen halten, für Radikalismus weniger anfällig als Schwarze.

Der rasch ansteigende Lebensstandard der nichtweissen südafrikanischen Bevölkerung ist offenkundig. Die Kaufkraft der Schwarzen (75 Prozent der Gesamtbevölkerung) hat mit 52 Prozent Anteil diejenige der Weissen (15 Prozent der Gesamtbevölkerung) erstmals überflügelt. Das grössere Bevölkerungswachstum bei den Schwarzen (knapp 3 Prozent, gegenüber nur einem Prozent bei den Weissen) erschwert allerdings die wirtschaftliche Emanzipation. Diese ist im übrigen von den Bildungsmöglichkeiten abhängig. Arbeitslosigkeit gibt es in Südafrika nur für Ungelernte.

Fraglich ist, ob mit dem wachsenden Wohlstand, gekoppelt mit politischen Reformen, der Erwartungsdruck der schwarzen Mehrheit gegenüber der weissen Minderheit in Südafrika nachlassen wird. Ein Universitätslehrer zeigt mir als mögliche Antwort ein pessimistisches Zitat von Alexis de Tocqueville. Danach lehre die geschichtliche Erfahrung, dass Völker gerade dann die Waffen gegen ihre Unterdrücker ergreifen, wenn diese die Zügel gelockert und den Wohlstand ihrer Untertanen gefördert haben. Ein Haus könne klein oder gross sein, führt der Professor das Bild weiter: «Die Menschen, die darin wohnen, werden unzufrieden bleiben, wenn daneben andere in grösseren Häusern leben.»

Nicht nur in den städtischen Verhältnissen, wo eine gewaltige Wohnungsbautätigkeit zugunsten der Schwarzen im Gange ist, steigt der Lebensstandard der Nichtweissen. Auf der Weinfarm, die ich in der Kapprovinz besuche, leben die Schwarzen in malerischen Einfamilienhäusern. Ihre Kinder werden mit dem Bus zur Schule gefahren. Die Eltern besuchen in der nahen Stadt Abendkurse, lernen zum Teil Lesen und Schreiben erst jetzt mit ihren Kindern. Die Ernte (Pinot noir, Cabernet) ist soeben unter Dach gebracht. Die Arbeiter machen sich im Hof zu schaffen. Der Patron bereitet sich auf einen Weiterbildungsaufenthalt im französischen Burgund vor. Die Blätter in den über sanfte Hügel sich endlos hinziehenden Rebbergen vergilben. Es herbstet, aber die Temperaturen bleiben sommerlich. Ein friedliches Bild, ein blühendes Land, dessen herrschenden Klasse man mehr Sinn für weitsichtig-zukunfts-trächtige Lösungen wünschen möchte, damit es nicht zur zerstörerischen Explosion kommt.

Südafrikas Regierung sieht sich vor einem Slalom auf dünnem Eis: zwischen burischer Intransigenz und Erwartungsdruck der Farbigen, zwischen bequemem, aber gefährlichem Festhalten an weissen Privilegien und international geförderten (teils sogar kirchlich abgesegneten) Terrorrohungen, zwischen politischem Nachgeben und polizeilichen Grenzziehungen.

Samuel Siegrist

SOLSCHENIZYN UND SINOWJEW

Publikationen in der Schweiz

Solschenizyns Name bleibt nicht nur deshalb mit der Schweiz verbunden, weil er hier den ersten längeren Aufenthalt nach seiner Austreibung aus der Sowjetunion nahm. Solschenizyn weiss in der Schweiz einen seiner besten, profundesten Kenner: den Franzosen Georges Nivat, der seit einer Reihe von Jahren den Lehrstuhl für Slavistik an der Universität Genf vertritt. Nivat hat unlängst in der äusserlich anspruchslosen, doch gewichtigen Reihe «Ecrivains de toujours» eine Bestandesaufnahme vom Werk und Leben Solschenizyns vorgelegt¹, die gerade auch den mit Slavistik und Literaturwissenschaft nicht vertrauten Leser anregen wird. Nivat selbst besticht durch seine Klarheit und seine bei aller grossen Verehrung Solschenizyns auch kritischen Einwänden gegenüber offene Haltung.

Wie bekannt, hat ja Solschenizyn seit seiner Ausweisung in den Westen im Jahre 1974 nicht gerade wenig getan, um durch seine Unkenntnis der westlichen Welt ein ihn ursprünglich verehrendes, grosses Publikum zunehmend mehr zu irritieren, zu schockieren, wenn nicht zu skandalisieren. So erregten ihn anlässlich einer Reise durch das Spanien des späten Franco die Existenz von links orientierten, marxistischen Buchhandlungen; hingegen vermochte er den «Bunker» des Caudillos nicht zu sehen. Seine Rede an der Harvard Universität 1978 war gespickt von groben Verallgemeinerungen und Klischees: Pornographie schien ihm

das Hauptindiz für den moralischen Verfall des Westens; Fortschritt, intellektuelle, ja öffentliche Freiheiten, schliesslich Demokratie selbst sind schlechtweg «Idole des Markts». Erst im April dieses Jahres schrieb er in der amerikanischen Zeitschrift «Foreign Affairs»: die Mehrheit eines parlamentarischen Systems ist nicht die beste Instanz, um die Wahrheit zu erkennen; diese lässt sich nicht mittels demokratischer Wahlen beweisen. Kein einziges totalitäres System sei aus einer autoritären Herrschaftsstruktur hervorgegangen, sondern immer aus der Demokratie.

Nichts Gewaltigeres . . .

Nivat setzt solch extremen Aussagen, die von politischen Widersprüchen oft nicht frei sind und von Intoleranz, ja einer gewissen geistigen Tyrannei des Publizisten und Schriftstellers zeugen, die «cohérence du cœur» des Kämpfers und Propheten entgegen. «Solschenizyn hat nicht die Zeit und schon gar nicht das Bedürfnis, eine andere Realität als diejenige Russlands zu betrachten. «Wenn eine der Hauptpersonen in dem historischen Roman «August 1914» sagt «Ich vermag nichts Gewaltigeres als Russland zu sehen», so gilt das auch für Solschenizyn selbst. Seine Urteile und seine Prophezeiungen beziehen sich ausschliesslich auf Russland, sein ganzes Denken meint letzten Endes nichts anderes als Russlands Schicksal, Russlands Zukunft. Was

hierbei dem ersten Anschein nach oberflächlich und inkohärent scheint, lässt sich laut Nivat von dieser Russlandbezogenheit, dem «Russozentrismus» des Schriftstellers her erklären.

Ist Solschenizyn also ein neuer Slavophiler? Nivat geht es nicht darum, Solschenizyn einer bestimmten Weltanschauung oder gar einer Ideologie zuzuordnen – auch wenn er ihm slavophile Tendenzen nachweist. Nivat zeigt am Werk des Schriftstellers die Person auf, die moralische Persönlichkeit, nämlich den «homme révolté». Die Revolte selbst beginnt mit dem «Nein» zur monolithischen Ideologie, dem «Nein» zur Lüge der ideologischen Sprache. Der Kampf als solcher zählt, die Vielschichtigkeit der Wirklichkeit und ihre Darstellung ist sekundär. Denn auch wenn im «Archipel Gulag» unzählige Fakten der sowjetischen Realität zusammengetragen wurden, Solschenizyns Monumentalchronik der Verbrechen ist vor allem das Martyriologium derjenigen, die «nein» zu sagen wussten. Literatur selbst, ihr primus movens, ist für ihn Anklage und Aufschrei, Vision und Prophezeiung; Kunst hat eine eschatologische Mission. Trunken von diesem seinem Kampf, verschärft er das antisowjetisch-satirische Element von Werk zu Werk; das virulente Lachen des Zek, des Gefangenen des Gulag, dieser cloaca maxima, schafft sich das rachsüchtige Bild von Lenin in Zürich. Immer herausfordernder wird der Schrei nach Gerechtigkeit; es kann keinen Kompromiss mit der Wirklichkeit geben. Die in der Sowjetunion geschriebenen, ursprünglich – Welch Optimismus! – zur dortigen Veröffentlichung bestimmten Werke, arbeitet der Schriftsteller nun-

mehr um, oder er fügt ihnen neue, harsche Kapitel hinzu: der Ton der Denunzierung ist noch provozierender, der Kampf immer härter. Aus den Romanen werden gleichsam Kriegsbücher.

Unter den uns bekannten Solschenizyn-Interpretationen besteht Nivats grosses Verdienst darin, bei Solschenizyn keine moralische und politische Philosophie suchen zu wollen. Solschenizyns existenzieller Schrei, seine Kompromisslosigkeit, seine für unser Zeitalter fundamentale Revolte macht den Schriftsteller für Georges Nivat – und für uns – zum Gewissen der Dissidenz schlechthin.

Eine Sozialpathologie

Nimmt in letzter Zeit die Literatur über Solschenizyn sichtbar zu, und das in den USA wie in Europa, so muss das Werk einer anderen ebenso grossen Gestalt der sowjetischen Dissidenz vorläufig für sich selbst sprechen: Ich meine Alexander Sinowjew, der seit 1978 in der Emigration in München lebt und von dessen grossen Romanen – sofern dieser Begriff überhaupt dem literarischen Genre Sinowjews gerecht zu werden vermag – bisher keinerlei umfassende Bestandsaufnahme vorliegt. Rühmenswert hat der Lausanner Verlag «L'Age d'Homme» in nahezu unvorstellbarer Schnelle die russischen Originale sowie die französischen Übersetzungen von Sinowjews wahrhaft monumentalem Œuvre herausgebracht; genannt sei hier ebenfalls der Zürcher Diogenes-Verlag, der damit begonnen hat, Sinowjew dem deutschsprachigen Publikum nahezubringen.

In allen seinen Werken, von denen der letzte, mehr als 800 Seiten umfassende Roman «Im Vorraum des Paradieses» unlängst in französischer Sprache in Lausanne erschien², brilliert der unverkennbare Wissenschaftsphilosoph und Logiker, der Sinowjew seinem Beruf nach ist, durch seine sarkastische, erbarmungslose Kritik der sowjetischen Alltagsrealität. Das Gebilde der «geschlossenen Gesellschaft» Sowjetrusslands wird von ihm, wie er selbst sagt, einer «Vivisektion» unterzogen, eine Autopsie, wie sie vor ihm in dieser Konsequenz kein Schriftsteller, kein Soziologe jemals von einer Gesellschaft durchgeführt hat. In Form von Sketsches demonstriert der Logiker die Kombinatorik von allen auch nur vorstellbaren Gesten, zu denen Menschen in einem totalitären Regime überhaupt imstande sind. Vor uns entsteht ein Universum von Kollaborateuren, die Inkarnation des Geistes vom Untermenschentum. Eine Gesellschaft von Flöhen und Wanzen. Kurz, eine wahrhafte Sozialpathologie. Und postuliert Solschenizyn, dass das moralische Individuum die Welt zu verändern imstande ist – nämlich durch Reue, durch christliches Verhalten – so scheint für Sinowjew das Problem der Moral keineswegs so einfach, so utopisch. Nicht nur, dass ihm der real existierende Sowjetkommunismus ein Puzzle äusserst komplexer Phänomene scheint, Sinowjew kennt das «andere» Russland, Solschenizyns Russland nicht: das Russland der Bauern, der «echten» russischen Menschen, das Russland der Demut und Schlichtheit, die «Nation der Tiefen».

Und ist für Solschenizyn die Revo-

lution von 1917 das Werk von Ausländern und das russische Volk das grosse Opfer dieser Revolution, so behauptet Sinowjew, das russische Volk habe von der Revolution profitiert. Für ihn steht fest, dass nicht eine Handvoll von Kriminellen das gute Volk getäuscht und betrogen hat; im Gegenteil: die sowjetische Realität ist genau das, was das Volk gewollt hat. Allein deshalb macht Sinowjew auch keinen Unterschied im Gebrauch der Wörter «russisch» und «sowjetisch», Qualifikative, die für Solschenizyn diametral entgegengesetzt sind. Der Logiker, der den Gulag nicht am eigenen Leib erfahren hat, urteilt von dem System her, gleichsam aus ihm heraus, er argumentiert systemimmanent, und gelangt von hier zu seinem abgrundtiefen Pessimismus, die Nacht des Absurden. Der Moralist, der aus dem Gulag, aus der Welt der Lüge kommt, hat hier nicht nur Läuterung gefunden; er gelangt durch den Gulag zur Erkenntnis des Guten und Wahren, zur Liebe von Heimat und Volk, einer Liebe, die freilich gleichzeitig Hass auf die diese Heimat Regierenden bedeutet. Der glühende Hass des Richters und Moralisten Solschenizyn und die kalte Verachtung des Analytikers und Logikers Sinowjew – nur selten standen sich in der jüngeren russischen Geschichte zwei Zeitgenossen und zwei Schriftsteller-Temperamente gleichen Ranges in dieser schlagenden Eindeutigkeit gegenüber.

Noch fassbarer, noch expliziter als in seinem Tausende von eng bedruckten Seiten füllenden und zuweilen schwer zugänglichen Romanwerk werden Sinowjews Anschauungen in seinem ebenfalls vom Lau-

sanner Verlag «L'Age d'Homme» veröffentlichten Band «Sans Illusions»³. Es handelt sich hierbei um Vorträge, Radiosendungen und Interviews, in denen der Schriftsteller und Wissenschaftler nicht nur eine erste Bilanz aus seinem fast zweijährigen Emigrantendasein im Westen zieht, sondern gleichzeitig liefert er hiermit auch den Schlüssel zu seinem Werk und seiner spezifischen Methode. Der Titel «Ohne Illusionen» ist programmatisch; Sinowjew ist ausschliesslich an der Ausarbeitung einer Theorie der Erkenntnis sozialer Phänomene gelegen; Lösungen, Rezepte oder gar ideologische Antworten nennt er nicht, will er nicht nennen. Für einen Logiker, versichert er, kann es keine Antworten auf die grossen historischen Probleme geben. Wozu auch schon Antworten? Ist doch die sowjetische Gesellschaft eine vollendete Tatsache: denn sie existiert. In ihrem Schosse selbst lassen sich die Fakten wahrnehmen, die diese Gesellschaft hervorgebracht haben.

Keine Vorstellungskraft der Welt sei imstande, sich das auszumalen, das zu erfinden, was die simple, ordinäre sowjetische Realität hervorbringt. Hier spricht nicht der satirische Romancier, sondern der pessimistische Moralist. Kommunismus ist für Sinowjew ein soziales Verhalten, unabhängig von der fiktiven Ideologie. Kommunismus ist schon gar nicht ein Denksystem. Worum es dem Logiker geht, ist das Phänomen der sowjetischen Gesellschaft, so wie diese wirklich ist. Er will ihr Gesetz finden, ihre historische Genesis interessiert ihn nicht. Welches sind seine Argumente?

Der reale Kommunismus – Sino-

wjew gebraucht diesen Terminus im Unterschied zum ideologischen, d. h. fiktiven Kommunismus – entsteht nicht durch geheime, kriminelle Beschlüsse der Partei oder in den Kerkern des KGB und im Gulag. Sein Ursprung sind einfache, banale Fakten, die die Lebensweise der breiten Bevölkerungsmasse ausmachen. Das Produkt der Existenz der grossen Masse sekretiert sozusagen das System. Erst von diesem Fundament aus bewirkt das Zusammentreffen bestimmter «günstiger» Umstände, dass sich der Kommunismus in den verbrecherischen Aktionen seiner Führer, in Konzentrationslagern, Terror und dergleichen manifestiert. Wobei sich die Masse der Menschen der Auswirkungen ihrer Handlungen auf die Zukunft der Gesellschaft nicht bewusst ist; handelt es sich hierbei doch viel eher um eine unbewusste Elementarkraft.

Ungegläubte Ideologie

Und die Rolle der Ideologie? Obwohl die offizielle Ideologie nach wie vor in der Sowjetunion floriert, glaubt seit langem keiner mehr an sie. Ein Paradox? Nein, die Erklärung hierfür ist einfach: an eine Ideologie, so Sinowjew, glaubt man nicht, man adoptiert sie; und hat Glaube mit der Seele und der Psyche zu tun, so ist die Tatsache, dass man sich eine Ideologie aneignet, lediglich eine Form des sozialen Verhaltens. Denn «die Aufgabe der Ideologie besteht nicht darin, neue Wahrheiten über Natur, Menschen und Gesellschaft zu entdecken, sondern das soziale Gewissen zu organisieren und Menschen zu dirigie-

ren, indem sie ihr Bewusstsein auf ein bestimmtes soziales Modell festlegt». Die «normalen Gesetze der Gesellschaft» haben nichts, aber auch gar nichts zu tun mit dem «absurden Geschwätz des Marxismus über Geschichte und Gesellschaft». Wäre nämlich der Marxismus eine Wissenschaft, wie er es zu sein vorgibt, so argumentiert Sinowjew, dann hätte er nicht den geringsten Erfolg gehabt: Eine Wissenschaft setzt spezifische Kenntnisse, jahrelange Studien voraus, während die marxistische Phraseologie von jedem Idioten im Apparat der Bürokratie in kürzester Zeit beherrscht werde, sei doch nichts leichter als entsprechend gefärbte Texte für jede vorstellbare Situation zu verfassen. Nicht auf das Verstehen komme es an, sondern einzig und allein auf die Exegese.

Will man jedoch verstehen, was in der Sowjetunion vor sich geht, so lasse man die utopischen Träume der Propheten des Marxismus, die Versprechungen von Demagogen, die Programme von Parteien beiseite. Und schaue sich die Gesellschaft an: obwohl ihr Marxismus und Ideologie schon längst nichts mehr bedeuten, hält diese sich nicht nur eben aufrecht; sie wird von Jahr zu Jahr stärker und befindet sich – zumindest von ihrem eigenen Verständnis her – auf dem Weg des unaufhaltsamen Fortschritts zu den «lichten Idealen» des Kommunismus. Diese Gesellschaft, die andere, bisher noch nicht vom Kommunismus beeinflusste Gesellschaften anzustecken imstande ist, funktioniert, so Sinowjew, auf Grund von Gesetzen, die nicht einmal dem Zentralkomitee und dem KGB gehorchen.

Für ein objektives Verständnis der Phänomene der realen kommunistischen Gesellschaft geht Sinowjew von der Analyse ihrer kleinsten Zelle aus: Ein wissenschaftliches Institut, ein Krankenhaus, eine Fabrik, eine Kolchose, eine Sovchose, eine Schule hat dieselbe Struktur wie die Gesamtgesellschaft, wie zum Beispiel die Überwachung des Individuums durch das Kollektiv, die soziale und ökonomische Ungleichheit, die Hierarchie der Funktionen und Privilegien, Ehrlosigkeit, Heuchelei, Karrieredenken usw. Die Regeln des Verhaltens, die zwischenmenschlichen Beziehungen, die in der einzelnen Zelle gelten, determinieren das Verhalten und die Verhältnisse der Menschen zueinander im ganzen Land, in der ganzen Gesellschaft. Das soziale Milieu der kleinsten Zelle hat einen neuen Typus des Bürgers mit einem Standardverhalten erzeugt, ein Bürger, der sich von Jahr zu Jahr, von Generation zu Generation besser adaptiert. Wie die Frucht einer normalen Existenz der Gesellschaft reproduziert sich von der Zelle aus das menschliche Material, das seinerseits wiederum die Struktur, von der es selbst hervorgebracht wurde, reproduziert. Ein geschlossener Kreis. Der Rest ist nichts weiter als Kampf ums Dasein, ums Überleben, um Privilegien, um den Aufstieg in der sozialen Hierarchie und ähnliches mehr.

Der Staat mit seinen repressiven Institutionen funktioniert dadurch, dass er die Situation des Individuums in der Mikrogemeinschaft der Zellen – die Unterdrückung des Individuums durch das Kollektiv – auf der Ebene der Gesamtgesellschaft verallgemeinert. Gäbe es diese speziellen Einrichtungen des Staates nicht, dann hätte

jede kleine Zelle im Lande ihre eigenen repressiven Organe und Gefängnisse. Aber selbst ohne eigene Gefängnisse verfügen die kleinsten Zellen über eine wahrhaft repressive Macht. Sinowjew selbst hat die bittere Erfahrung gemacht: Kameraden, Kollegen, Freunde innerhalb der eigenen Zelle – in seinem Falle ein wissenschaftliches Institut – sind es, die in der sowjetischen Gesellschaft des realen Kommunismus die eigentliche, die höchste Macht innehaben. Mit anderen Worten: in der Praxis des realen Kommunismus ist Macht kein Phänomen, das sich losgelöst von der Gesellschaft betrachten lässt; und auf keinen Fall ist diese Gesellschaft zweigeteilt in ein unterdrücktes Volk und eine dieses Volk unterdrückende Regierung. Macht ist aufs engste mit dieser Gesellschaft verbunden, Macht durchdringt diese Gesellschaft in all ihren Dimensionen; in der einen oder anderen Form verfügt ein jedes Individuum über Macht über die anderen, jede Putzfrau, jeder Pförtner, jeder Dienstleistende. Sinowjew kann somit sagen, dass dieses System, diese Gesellschaft *von allen* sekretiert wird.

Für den Logiker besteht kein Zweifel daran, dass die sowjetische Gesellschaft ihren eigenen Gesetzen folgt, dass sie sich auf Grund von inhärenten Faktoren entwickelt hat. Der Kommunismus – und hieran hält Sinowjew nachdrücklich fest – ist Russland keineswegs von einer Handvoll unverantwortlicher, krimineller Missetäter aufgezwungen worden; im Gegenteil, das kommunistische System entspricht ganz den Erwartungen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung: denn wenn sich der Einzelne so verhält wie alle Welt es von

ihm erwartet, dann bietet ihm das Kollektiv, die Zelle, nicht nur gewisse materielle Bequemlichkeiten wie Arbeit, Wohnung, medizinische Versorgung; das Kollektiv nimmt ihm zahlreiche Entscheidungen ab, was der Mehrzahl der Menschen willkommen ist. Naiv sei es, wie Soltschenizyn zu glauben, dass dieser Gesellschaft Zwang und Lüge von ihren Führern oktroyiert seien. Zwang und Lüge, die tatsächlich die Gesellschaft in all ihren Fasern durchdringen, sind das Ergebnis der alltäglichen Lebensweise der Bevölkerung, sie sind ihr ganz natürliches Verhalten; gleichzeitig aber dienen sie als Mittel zu ihrer Verteidigung, zu ihrer Integrierung, für ihre Organisation, für ihre Verwaltung. Lebens- und Verhaltensweise der überwiegenden Mehrheit des Volkes zeigen, dass dieses keine Freiheiten braucht, und genau deswegen werden ihm diese Freiheiten auch verweigert.

Volksherrschaft

«Ob der Sozialismus oder Kommunismus, den die Sowjetunion verwirklicht hat, authentisch ist oder nicht, ob er vollendet wurde oder nicht, ob es sich um Kommunismus oder Sozialismus handelt, ob dieser Sozialismus marxistisch oder leninistisch, leninistisch oder stalinistisch ist – das alles ist nur ein Streit um Wörter. Ich meine, dass man in der Sowjetunion genau das erreicht hat, was man erreichen wollte» – auch wenn, das gibt Sinowjew zu, nicht gerade alles, wie etwa der Terror, von den Vätern des Marxismus vorausgesehen, geplant worden war.

Im grundsätzlichen Unterschied zu Solschenizyn trägt für Sinowjew das russische Volk die entscheidende Verantwortung für das Entstehen der kommunistischen Gesellschaft. Das sowjetische Modell ist für ihn «Volks-herrschaft im tiefsten – wenn auch nicht im besten – Sinne des Wortes». Dass sich hier ein Menschentypus durchgesetzt hat, der auch vor dem sozialen Verbrechen nicht haltmacht, ist für Sinowjew das «logische Produkt» der «lichten Ideale» des Kommunismus. So hebt er hervor, dass an den Massenrepressionen der Stalinzeit, unter denen Millionen einfacher Leute zu leiden hatten, Millionen anderer einfacher Leute aktiv teilnahmen. «Es fällt schwer, herauszufinden, wessen Anteil grösser war – der Anteil der höchstgestellten Missetäter, mit Stalin an der Spitze, oder aber der Anteil der breiten, angeblich betroffenen Bevölkerungsmassen.»

Sinowjews und Solschenizyns Stimmen aus dem Exil – vermögen sie Wege zu weisen? Sinowjew zufolge hat in der Sowjetunion ein irreversibler sozialer Prozess stattgefunden; der reale Kommunismus bedeutet eine stabile Gesellschaft, aus deren Schosse keinerlei Veränderungen zu erwarten sind. Das Exil in Westeuropa ist daher, für Sinowjew, die einzig mögliche Alternative. Lösungen kann er nicht bieten, denn es gibt keine angesichts des statischen Charakters der sowjetischen Gesellschaft. Bestenfalls kann der Mensch auf sich selbst zählen, auf seine eigene Fähigkeit, Widerstand zu leisten. Eine An-

steckungsgefahr des sowjetischen Modells sieht er für den Westen; hiervor warnt er und plädiert deshalb für Pragmatismus. Doch glaubt er ebenfalls, dass der Westen, seine Zivilisation, seine Kultur eigene Kräfte der Abwehr besitzt. In dieser Kultur des Westens vermag er zu leben, findet er seine eigene Lebensart. Solschenizyn, in seinem Exil, refüsiert andernorts als in Russland zu sein; auch von daher seine Denunziation des Westens. Das Exil selbst ist Utopie. Er lebt in einem utopischen Russland, das buchstäblich keinen Ort hat. Und wie ein Schrei erhebt sich aus der Wüste des Exils die Stimme des Propheten: zum heiligen Krieg gegen den Kommunismus; zurück zum alten Russland: das nationale ist das gesunde Russland.

Solschenizyn und Sinowjew – symbolisieren sie die traditionelle Spaltung der russischen Intelligentsija in Slavophile und Westler? Gewiss lassen sich entsprechende Züge bei dem einen wie bei dem anderen nachweisen. Doch übersehen wir nicht: beide sind sie zutiefst von der sowjetischen Wirklichkeit selbst geprägt – ob sie es zugeben, ob sie es wollen oder nicht.

Jutta Scherrer

¹ Georges Nivat, Soljénitsyne. Paris, Editions du Seuil, 1980, Reihe «Ecrivains de toujours». – ² Alexandre Sinowjew, L'Antichambre du Paradis. Lausanne, L'Age d'Homme, 1980. – ³ Alexandre Sinowjew, Sans Illusions, Lausanne, L'Age d'Homme, 1979. Im Diogenes Verlag: Lichte Zukunft, Gähnende Höhen, Ohne Illusionen.